

Ländereinkommensrunde 2019 im öffentlichen Dienst

TV-L: Gutes Ergebnis nach sehr harter Verhandlung

dbb rheinland-pfalz wird angekündigte Übertragung auf Beamte genau prüfen



© dbb rlp

> 2000 dbb Demonstranten am 19. Februar 2019 in Mainz

„Diesmal war ein gordischer Knoten zu durchschlagen, gut, dass es gelungen ist“, sagte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz am 2. März 2019 zur Einigung in der Ländertarifrunde.

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Landesdienstes in Rheinland-Pfalz werde durch das Ergebnis im linearen

Gesamtvolumen von acht Prozent die Teilhabe an der relativ guten Haushaltslage und an der allgemeinen Einkommensentwicklung ermöglicht.

„Angesichts der zunächst sehr verhärteten Fronten der Tarifparteien und einer arbeitgeberseitigen Infragestellung der Entgeltordnungsgrundlagen handelt es sich um ein gutes

Ergebnis mit ordentlicher Linearanpassung. Durch Warnstreikrunden und unsere dbb Demo am 19. Februar in Mainz haben wir der Arbeitgeberseite unmissverständlich deutlich gemacht, dass es uns sehr ernst ist“, so Lilli Lenz. „Wir konnten deshalb am Ende erreichen, dass die Arbeitgeber ihre anfängliche Verweigerungshaltung aufgaben, sich besannen und die gut gefüllten Kassen nun doch noch öffnen.“

Die gewerkschaftlichen Forderungen seien fundiert begründet gewesen, denn der Aufholbedarf sei offenkundig.

▶ **Beamtenbesoldung: Zusage zur zeitgleichen und systemgerechten Übertragung**

Jetzt müsse das lineare Tarifergebnis zügig zeitgleich und systemgerecht auf Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten übertragen werden, so Lilli Lenz. „Das ist von der Landesregierung für dieses und das nächste Jahr bereits durch die Anpassungsleitlinien vom Juni 2018 versprochen. Rheinland-Pfalz hat sich da als erstes Bundesland früh festgelegt und das war gut so. Die neue Tariflaufzeit von zweidreiviertel Jahren sollte nun in die Besoldungslösung einfließen. Ein entsprechender Gesetzentwurf muss jetzt schnell vorgelegt werden, damit auch die Beamten und Versorgungsempfänger das er-

sehnte Zeichen monetärer Wertschätzung bekommen. Wir werden genau prüfen, wie die Regierungsidee von ‚systemgerecht‘ aussieht, damit es bergauf geht“, sagte die dbb Landeschefin.

▶ **Ergebniskern**

Nach bemerkenswert zähen Verhandlungen hatte es auch dank zahlreicher dbb Warnstreik- und Protestaktionen endlich geklappt: Am 2. März 2019 einigten sich die Tarifvertragsparteien auf einen Abschluss für den öffentlichen Dienst der Länder: Anhebung der Tabellenentgelte in drei Schritten um 3,2 Prozent ab 1. Januar 2019 (mindestens 100 Euro), um 3,2 Prozent ab 1. Januar 2020 (mindestens 90 Euro) und um 1,4 Prozent ab 1. Januar 2021 (mindestens 50 Euro) bei einer Laufzeit von 33 Monaten. Außerdem vorgesehen ist die nachwuchsfreundliche Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantentgelte in zwei Schritten von je 50 Euro (1. Januar 2019 sowie 1. Januar 2020) sowie 30 Tage Urlaub entsprechend den Gewerkschaftsforderungen. Paketbestandteil sind daneben die Erhöhung der Pflgetabelle um zusätzlich 120 Euro sowie die Erhöhung der Angleichungszulage für Lehrkräfte um 75 auf 105 Euro (auch rückwirkend ab 1. Januar 2019).

Weitere Infos im Netz unter www.dbb.de

Ländereinkommensrunde 2019

Landesdienst muss konkurrenzfähig bleiben

2 000 Demonstranten bei zentraler Warnstreik- und Protestkundgebung in Mainz am 19. Februar 2019



> Abmarsch vom Frauenlobplatz in der Mainzer Neustadt.



> Die Zugspitze



> DSTG-Landeschef Stefan Bayer am Rednerpult

(dbb/dbb rlp) Rund 2 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben am 19. Februar 2019 in Mainz ihren Anspruch auf Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich gemacht. Begleitet wurde die Demonstration von einem ganztägigen Warnstreik des Landesdienstes in Rheinland-Pfalz.

„Die Kassen sind voll – und das seit Jahren“, betonte Volker Geyer vor den Demonstrierenden in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt, „jetzt darf nicht am falschen Ende gespart werden.“ Jeder Cent, der den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zugutekommt, sei eine Investition in die Zukunft, sagte der stellvertretende Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb. „Der demografische Wandel und die Digitalisierung stellen den öffentlichen Dienst vor enorme Herausforderungen“, so Geyer,

er, „und da brauchen wir auch in den Ländern leistungsstarkes, gut ausgebildetes und motiviertes Personal.“ Der Blockadehaltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) erteilte Geyer daher eine klare Absage. „Die Vergangenheit hat gezeigt, zu welchen Problemen überambitioniertes Sparen im öffentlichen Dienst führt: Kita-Krise, Clan-Kriminalität und das Chaos in der Infrastruktur kommen ja nicht von ungefähr.“ Wer den öffentlichen Dienst auf Kante nähe, spiele mit dem Vertrauen der Bürger, erklärte der Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission.

Lilli Lenz, die Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz, stellte auf der Kundgebung klar, dass das Tarifergebnis zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen übertragen werden müsse. „Im Besoldungsvergleich der Bun-

desländer trägt Rheinland-Pfalz mittlerweile die rote Schlusslaterne, karnevalistisch ausgedrückt: Wir sind ‚Zug-En(d)te‘. Die Lebenshaltungskosten steigen für alle gleich“, sagte Lenz. „Es müssen deshalb auch alle Beschäftigten in gleicher Weise vom Tarifabschluss profitieren.“ In Zeiten erschwelter Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst mit immer komplexeren Aufgaben brauche es dringend eine Bezahlung, die das Etikett „angemessene Teilhabe“ auch verdiene. „Die zeitgleiche, systemgerechte Übernahme des Ländertarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung ist von der Landesregierung zugesagt, aber was wird übertragen? Darauf kommt es jetzt an! Es muss dringend ordentlich ‚was‘ rüberwachsen!“

Hermann-Josef Siebigteroth, Bundesvorsitzende der VDStrA, Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftig-

ten und stellvertretender Vorsitzende der Bundestarifkommission des dbb, erinnerte die Tarifpartner daran, die Einkommensstabellen endlich zukunftsfähig zu gestalten. „Wir geraten zunehmend nicht nur in einen Fachkräftemangel, sondern in einen ausgewachsenen Arbeitskräftemangel hinein“, betonte Siebigteroth. „Wenn die Löhne jetzt nicht signifikant steigen“, machte er deutlich, „wird der öffentliche Dienst regelrecht abgehängt.“

Stefan Bayer, Landesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft DSTG, kritisierte mangelnde Fachkräftesicherung im öffentlichen Landesdienst. Weil in Rheinland-Pfalz vergleichsweise schlecht bezahlt werde, wandere Personal verstärkt ab zum Bund und zu anderen Bundesländern, Tendenz stetig steigend: „So wird der Exodus zum Exitus.“ Gerade in der Finanzverwaltung müsse die bedenkliche Entwicklung



> VDStrA. und vlbs unterwegs



> Der Gutenbergplatz füllt sich.



> dbb Landeschefin Lilli Lenz beim Fernseh-interview



© Gregor Schläger (3)

> Stellvertretender dbb Bundesvorsitzender Volker Geyer



> Mittendrin auf dem Platz



> VdStra.-Bundeschef Hermann-Josef Siebigeroth

schnell gestoppt werden, weil hier in der Einnahmenverwaltung „die Kohle geholt“ werde für den Landeshaushalt. Arbeitgeberseitige Verweigerungshaltung in den Tarifverhandlungen führe da nicht weiter, sondern nur eine deutliche Bezahlungsverbesserung.

Gerhard Bold, stellvertretender dbb Landesvorsitzender, verwies auf den Einnahmenüberschuss des Landes zum Jahresende: 868 Millionen Euro stünden zu Buche, von denen die Beschäftigten im öffentlichen Landesdienst einen angemessenen, fairen Anteil einforderten. „Das steht uns zu. Öffentlicher Dienst muss sein!“, so der Chef der dbb Arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz. Öffentlicher Dienst sei ein wichtiger Stabilitätsfaktor im Gemeinwesen, aber während

die dienstlichen Herausforderungen allgemein immer weiter stiegen, wachse das Einkommen überhaupt nicht richtig mit. „Der öffentliche Dienst muss zukunftssicher wettbewerbsfähig gehalten werden“, stellte Gerhard Bold klar.

Vor der Abschlusskundgebung auf dem Gutenbergplatz in Mainz führte der Demonstrationzug vom Frauenlobplatz in der Neustadt über die Kaiserstraße, Gärtnergasse, Große Bleiche und den Flachsmarkt bis vor das Staatstheater.

> **Hintergrund**

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind in Rheinland-Pfalz knapp 180 000 Beschäftigte betroffen: mehr als 47 400 Ta-

rifbeschäftigte des Landes sowie über 132 000 Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger von Land und Kommunen, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll.

> **Kernforderungen des dbb**

6 Prozent mehr Einkommen, mindestens 200 Euro (Laufzeit: 12 Monate). Eine angemessene und zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-L. Die Erhöhung der Pfl egetabelle um 300 Euro. Ein Fahrplan für die Einführung der Paralleltabelle im Bereich der Lehrkräfte. Stufengleiche Höhergruppierung. 100 Euro mehr für Auszubildende und unbefristete Übernahme.



© dbb rlp

> Gewerkschaft Naturwissenschaft und Technik – BTB – mit Auftrieb

Ländereinkommensrunde 2019

Straßenwärter-Warnstreik in Mendig

VdStra. fordert Investitionen in berufliche Perspektiven



© Thomas Frey

> VdStra.-Warnstreik in Mendig

Nach dem ergebnislosen Auftakt der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder am 21. Januar 2019 forderten die Landesbeschäftigten in einer ersten Aktionswelle: „Schluss mit leeren Versprechungen.“ Rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Autobahnmeistereien Mendig und Kaisersesch, der Straßen-

meistereien Koblenz, Linz, Mayen und Krufft sowie der Fernmeldemeisterei Koblenz legten in Rheinland-Pfalz am 24. Januar 2019 mit Beginn der Frühschicht die Arbeit nieder. Im Rahmen eines ganztägigen Warnstreiks verliehen sie ihren Forderungen gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) Nachdruck.